

BOLIVIEN

„Der Neoliberalismus ist tot“

Evo Morales, 43, Führer der Koka-Bauern und Chef der wichtigsten Oppositionspartei, über den Aufstand der Indio-Landbevölkerung gegen den am Freitagabend abgetretenen Gonzalo Sánchez de Lozada. Dem war Morales bei den letzten Wahlen in dem bitterarmen Land nur knapp unterlegen.



GONZALO ESPINOZA / AFP

Morales: ... aber nur mit der Mehrheit einer Allianz rechter Parteien vom Kongress zum Staatsoberhaupt ernannt. Wir haben für die Wiederherstellung der Demokratie gekämpft. Die war unter die Räder gekommen, als die Panzer rollten.

SPIEGEL: Der Regierungssitz La Paz war praktisch von der Außenwelt abgeschnitten ...

Morales: Sánchez de Lozada hatte darauf gebaut, dass das Volk ermüdet. Aber wir waren des politischen Systems und vor allem des Präsidenten müde.

SPIEGEL: Wie soll es jetzt weitergehen?

Morales: Für eine Übergangszeit kann der Vizepräsident die Amtsgeschäfte übernehmen und dann mit einer konstituierenden Vollversammlung Neuwahlen ausrufen. Politisch brauchen wir vor allem ein neues Wirtschaftssystem, das neoliberale Modell hat sich erschöpft. Wir sind gegen die Privatisierung unserer Naturschätze. Wir dürfen nicht zulassen, dass unsere Gasvorkommen in ausländische Hände geraten. Auch die herrschende politische Klasse ist

SPIEGEL: Nach wochenlangen Unruhen mit Toten und Verletzten ist Präsident Gonzalo Sánchez de Lozada zurückgetreten. Sind Sie jetzt zufrieden?

Morales: Sánchez de Lozada musste zurücktreten, er ist ein Krimineller. Seit seinem Amtsantritt wurden 150 Menschen vom Regime ermordet. Allein in den vergangenen drei Wochen wurden 77 Regierungsgegner erschossen, über 200 wurden durch Kugeln verletzt.

SPIEGEL: Immerhin wurde der Präsident vor gerade mal einem Jahr demokratisch gewählt ...



Demonstranten in El Alto bei La Paz



IRAN

Werkzeug des Auslands

Im internen Machtkampf mit den islamistischen Eiferern muss der vergleichsweise liberale Staatschef Mohammed Chatami eine schwere Schlappe einstecken. Entgegen allen Hoffnungen stärkt der Friedensnobelpreis für die Teheraner Menschenrechtsaktivistin Schirin Ebadi den Reform-Präsidenten keineswegs. Zwar empfangen Tausende Sympathisanten die von einem Diskussionsforum in Paris zurückkehrende Rechtsanwältin mit Begeisterung am Teheraner Flughafen. Als Vertreter der Regierung fand Vizepräsident Mohammed Ali Abtahi sogar warme Worte für die überraschend mit der bedeutendsten politischen Ehrung gewürdigte Juristin. Doch ausgerechnet Regierungschef Chatami, für dessen Wahl 1997 und 2001 sich Ebadi vehement eingesetzt hatte, geißelte die Auszeichnung: Der Preis sei „ein Werkzeug“ von Regimegegnern im Ausland, um sich in Irans Innenpolitik einzumischen. Ebadi solle sich davor hüten, von jenen internationalen Kräften



MICHELINE PELLETIER / CORBIS

Ebadi (r.) bei der Ankunft in Teheran

„ausgenutzt“ zu werden. Zudem schmähte Chatami den Preis durch Verweise auf frühere Preisträger wie Menachem Begin und Schimon Peres aus dem verhassten Israel. Die Kritik an der Würdigung gilt als das bislang deutlichste Zeichen, dass Chatami im innenpolitischen Machtkampf mit den religiösen Ultras resigniert hat. Die Auszeichnung scheint auch keineswegs mehr eine Garantie für die Unantastbarkeit Ebadis zu sein. Extremisten dürften die Frauenrechtlerin jetzt erst recht ins Fadenkreuz nehmen. Gleich bei ihrer Ankunft am Flughafen hatten religiöse Fanatiker den Tod der Regimekritikerin gefordert.

NAHOST

Feind Nummer eins

Bereits vor dem Bombenanschlag auf einen US-Konvoi vergangene Woche im Gaza-Streifen, bei dem drei Amerikaner ums Leben kamen, hatten islamistische Führer dort ausdrücklich zu Gewalttaten gegen die Vereinigten Staaten aufgerufen. „Amerika ist unser Feind Nummer eins“, hetzte etwa Scheich Ibrahim Mudeiris in einer Freitagspredigt, die vom palästinensischen Fernsehen übertragen wurde: „Macht so viele bewaffnete Kräfte gegen sie bereit, wie ihr nur könnt.“ Schon Ende Juni war ein US-Konvoi das Ziel palästinensischer Extremisten in dem Küstenstreifen. Damals verfehlten die Attentäter ihr Ziel. Der Sprengsatz explodierte erst, nachdem der Fahrzeugtrupp bereits passiert hatte. Nun untersucht das FBI, ob womöglich eine undichte Stelle im palästinensischen Sicherheitsapparat den Terroristen mit Details über Route und Zeitplan des angemeldeten Konvois half. Besonders peinlich für die Palästinenserführung unter Jassir Arafat: Hinter dem Attentat sollen auch abtrünnige Fatah-Leute und ehemalige Sicherheitskräf-



DADO GALDIERY / AP

am Ende. Wir ertragen die Korruption nicht länger.

SPIEGEL: Bislang widersetzen Sie sich einer Vernichtung der Kokasträucher. Würden Sie Hilfsprogramme zum Anbau anderer Produkte akzeptieren?

Morales: Ja, aber bisher sind das alles leere Versprechungen. Solange es keine Einfuhrbeschränkungen gibt und Lebensmittel frei importiert werden können, sind solche Programme illusorisch. Eine Übergangsregierung muss deshalb zunächst die Zerstörung der Kokasträucher stoppen und den Anbau in kleinen Mengen erlauben. Es muss wieder einen legalen Markt für Koka geben.

te stecken – als Mitglieder einer bislang eher unbedeutenden Gruppe „Komitee für Volkswiderstand“. Zwar wurden acht ihrer Mitglieder inzwischen verhaftet. Doch sieht sich die Palästinenserführung nun unter Druck, Washington überzeugend zu demonstrieren, dass sie konsequent gegen alle Terrornetzwerke durchgreift. „Sonst geht es mit dem Friedensplan keinen Schritt weiter“, droht ein US-Diplomat. Damit stünde auch der weitere Einsatz von US-Präsident George W. Bush für einen unabhängigen Palästinenserstaat in Frage.



GETTY IMAGES

Anschlag auf US-Konvoi in Gaza

KROATIEN

Comeback für Tudjman-Partei

Kurz vor den Parlamentswahlen Ende November steigen die Chancen einer Machtübernahme durch die nationalistische Partei des 1999 verstorbenen Staatschefs Franjo Tudjman. Für die HDZ würden einer neuen Umfrage zufolge derzeit 28 Prozent der Wähler stimmen, für die Sozialdemokratische Partei von Regierungschef Ivica Račan nur 18 Prozent. Zünglein an der Waage werden danach die kleineren Parteien sein. Das Comeback der einst radikal-nationalistischen Tudjman-Partei ist auf den moderaten Kurs ihres Parteivorsitzenden Ivo Sanader, 50, zurückzuführen sowie auf den Ausschluss zahlreicher extremistischer Parteigenossen. Dennoch wird die HDZ im



Premier Račan

Wahlkampf nicht ohne nationale Parolen auskommen, da viele Sympathisanten insgeheim immer noch der Tudjman-Politik anhängen. Sie befürworten eine Teilung Bosniens und lehnen die Auslieferung von Kriegsverbrechern an das Haager Tribunal sowie die Rückkehr serbischer Flüchtlinge rigoros ab. Der sozialdemokratische Ministerpräsident Račan kann dagegen auf die Stimmen der serbischen und anderer Minderheiten bauen, aber kaum auf Erfolge seiner Regierung. Er habe kein einziges Wahlversprechen eingehalten, kritisiert die Zeitschrift „Nacional“. Eine unlängst aufgedeckte Abhöraffaire – der Geheimdienst soll Telefone von Oppositionspolitikern und Journalisten angezapft haben – droht Račan weitere Wähler zu kosten. Ein Wahlsieg der HDZ indes dürfte dem Land internationalen Schaden: Der von Premier Račan betriebene EU-Beitritt würde in weite Ferne rücken.

JAPAN

Angst vor Atomschlag

Die Angst vor der atomaren Bedrohung durch Nordkorea nimmt immer drastischere Formen an. Im regierungsnahen Forschungsinstitut für Wirtschaft, Handel und Industrie (Rieti) sind jetzt erstmals per Computersimulation die Folgen eines Atomschlags durch den stalinistischen Nachbarn errechnet worden. Danach würden mit einem einzigen Raketenangriff auf die Hauptstadt Tokio 423 000 Menschen getötet und noch mal so viele verletzt. Geschürt wird die Verunsicherung der Inselnation durch starke Zweifel an den Fähigkeiten der atomaren Schutzmacht USA und ihres Geheimdienstes CIA, gesicherte Erkenntnisse über das tatsächliche Gefahrenpotenzial Pjöngjangs zu liefern. Seiner eigenen Propaganda zufolge hat Diktator Kim Jong Il aus rund 8000 gelagerten atomaren Brennstäben bereits genug waffenfähiges Plutonium gewonnen, um mehrere Sprengköpfe auszurüsten. Nach westlichen Vermutungen reicht das zumindest zum Bau zweier Atombomben – zusätzlich zu zwei Kernwaffen, die nach CIA-Erkenntnissen bereits im Besitz des Despoten sein sollen. Nordkoreas Atomprogramm überschattet auch die derzeitige Asien-Visite von US-Präsident George W.



AFP

Manöver der nordkoreanischen Armee

Bush. Eigentlich wollte Bush sich vor allem darauf konzentrieren, die Verbündeten Japan und Südkorea auf finanzielle und militärische Hilfe im Irak zu verpflichten. Vor irgendwelchen Zusagen drängt allerdings vor allem Seoul den US-Partner, die Nordkorea-Krise durch Konzessionen an den Nachbarn im Norden zu entschärfen. Der fordert von den USA einen Nichtangriffspakt sowie Wirtschaftshilfe.